

## Rahmenvertrag

2023003895\_SpriG\_RV Elektro; LOS 1

zwischen der:

**Sprinkenhof GmbH**

Burchardstr. 8, 20095 Hamburg

Handelsregister: Amtsgericht Hamburg, HRB 132441

- im Folgenden: **AG** -

und dem

**Albertsen Elektro GmbH**

Luruper Hauptstraße 52

22547 Hamburg

- im Folgenden: **AN** -

Über die Erbringung von Elektroinstallationsarbeiten und Blitzschutzarbeiten

☒ **LOS 1:** Elektroinstallation Starkstrom bis netto EUR 25.000,00

nach Maßgabe des Verfahrensbriefes zum Offenen Verfahren (Vergabenummer: 2023003895\_SpriG\_RV Elektro)

## Inhaltsverzeichnis

<b>PRÄAMBEL</b>	<b>4</b>
<b>§1 GEGENSTAND DES VERTRAGES</b>	<b>4</b>
1.1 VERTRAGSGEGENSTAND	4
1.2 „EXKLUSIVITÄT“ ZUR TEILNAHME AN MINIWETTBEWERBEN/EINZELABRUF OHNE MINIWETTBEWERB	5
1.3 PROJEKTZIELE	5
1.4 PROGNOSTIZIERTER ABRUFBEDARF	5
1.5 BERECHTIGUNG ZUM LEISTUNGSABRUF	6
<b>§ 2 VERTRAGSGRUNDLAGEN</b>	<b>7</b>
2.1 VERTRAGSBESTANDTEILE	7
2.2 ANGEBOTSBEDINGUNGEN DES AN	8
<b>§ 3 VERTRAGSLAUFZEIT</b>	<b>8</b>
<b>§ 4 VERGÜTUNG</b>	<b>8</b>
<b>§ 5 PREISANPASSUNG</b>	<b>9</b>
<b>§ 6 LEISTUNGEN DES AN</b>	<b>10</b>
6.1 ALLGEMEINES	10
6.2 LEISTUNGSUMFANG	10
<b>§ 7 LEISTUNGSABRUF</b>	<b>11</b>
<b>§ 8 GEÄNDERTE UND/ODER ZUSÄTZLICHE BAULEISTUNGEN</b>	<b>11</b>
8.1 MODIFIZIERUNG DES LEISTUNGSSOLLS / FORMALE ANFORDERUNGEN	11
8.2 VERGÜTUNGSANPASSUNG BEI GEÄNDERTEN UND/ODER ZUSÄTZLICHEN LEISTUNGEN	13
<b>§ 9 AUSFÜHRUNGSFRISTEN</b>	<b>13</b>
<b>§ 10 EINSATZ VON NACHUNTERNEHMERN</b>	<b>13</b>
<b>§11 UNTERLAGEN</b>	<b>14</b>
<b>§ 12 ARBEITSGEMEINSCHAFTEN (ARGE)</b>	<b>15</b>
<b>§ 13 ZUSAMMENARBEIT DER BETEILIGTEN</b>	<b>15</b>
<b>§ 14 VERTRETUNG</b>	<b>15</b>
<b>§ 15 ABNAHME</b>	<b>16</b>
15.1 FÖRMLICHE ABNAHME	16
15.2 VORAUSSETZUNG DER ABNAHME	16
<b>§ 16 RECHNUNGSLEGUNG UND ZAHLUNGEN</b>	<b>17</b>
<b>§ 17 MÄNGELANSPRÜCHE</b>	<b>17</b>
17.1 ALLGEMEINES	17
17.2 MÄNGELBESEITIGUNG VOR ABNAHME	17
17.3 ABTRETUNG	17
<b>§ 18 HAFTUNG UND GEFahrTRAGUNG</b>	<b>18</b>
<b>§ 19 ZURÜCKBEHALTUNGSRECHTE</b>	<b>18</b>
<b>§ 20 VERTRAGSSTRAFE UND SCHADENSERSATZ</b>	<b>18</b>

<b>§ 21 SICHERHEITEN .....</b>	<b>19</b>
<b>21.1 VERTRAGSERFÜLLUNGSSICHERHEIT .....</b>	<b>19</b>
<b>21.2 SICHERHEIT FÜR MÄNGELANSPRÜCHE .....</b>	<b>19</b>
<b>21.3 SICHERUNGszweck .....</b>	<b>20</b>
<b>§ 22 KÜNDIGUNG .....</b>	<b>20</b>
<b>22.1 FORM .....</b>	<b>20</b>
<b>22.2 KÜNDIGUNG DIESER RAHMENVERTRAG .....</b>	<b>20</b>
<b>22.3 KÜNDIGUNG VON EINZELABRUFEN .....</b>	<b>20</b>
<b>§ 23 VERSICHERUNGEN .....</b>	<b>21</b>
<b>§ 24 HAMBURGISCHES TRANSPARENZGESETZ .....</b>	<b>22</b>
<b>§ 25 DATENSCHUTZ .....</b>	<b>22</b>
<b>§ 26 SCHLUSSBESTIMMUNGEN .....</b>	<b>22</b>

## Präambel

Das von der AG sowie allen Tochter- und Schwestergesellschaften verwaltete Immobilienvermögen beträgt rund EUR 1,7 Mrd. Täglich werden neue Aufgaben und spannende Projekte übernommen. Dabei wurde festgestellt, dass eine besondere Stärke die gezeigte und zur Aufgabenerfüllung notwendige Flexibilität ist. Letztere ist unerlässlich, um den vielfältigen Anforderungen bei der Verwaltung des umfangreichen Immobilienvermögens gerecht zu werden.

Die AG beabsichtigt, mit diesen Rahmenvereinbarungen/Rahmenverträgen auf Basis der VV Bau in den kommenden Jahren im Hochbau für regelmäßig wiederkehrende Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten sowie im Einzelfall für kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten Leistungen für die Gewerke Elektroinstallations- und Blitzschutzarbeiten zu beschaffen. Die Beschaffung mittels einer Rahmenvereinbarung soll die vorstehend beschriebenen Anforderungen auf wirtschaftliche und technisch sinnvolle Art und Weise erfüllen. D.h. es soll insbesondere die effektive und effiziente Vorbereitung der jeweiligen Maßnahmen sowie die technische Machbarkeit sichergestellt und Baukosten- und Baustellenzeitenoptimierung gewährleistet werden.

Die möglichen Leistungsorte (**Anlagenkonvolut 1** – Leistungsorte) ergeben sich aus dem Einsatzgebiet der AG als Public Real Estate Manager für öffentliche und gewerbliche Gebäude der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) und dem Wirkungsbereich der unter § 1.5 vorgestellten Rechtsträger (Vertragspartner/Abrufberechtigte). Vor diesem Hintergrund werden nur Bauten und Sanierungen in und um Hamburg betreut.

Hier kann es zu Instandsetzungs- und Umbaumaßnahmen, im Einzelfall auch zu kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten in dem Gewerk Elektro/Blitzschutz kommen.

In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die Liste der Leistungsorte (Objektliste) veränderlich ist und Objekte, die vergleichbar sind, in diesem Ausführungsraum und -ort dazu kommen bzw. entfernt werden können.

Zur Sicherstellung einer effizienten und wirtschaftlichen Abwicklung der Elektroinstallations- und Blitzschutzarbeiten hat die AG ein europaweites Vergabeverfahren als Offenes Verfahren aufgeteilt in 7 Lose (Einzelheiten sind insbesondere dem Verfahrensbrief, **Anlagenkonvolut 1** zu entnehmen) unter der EU-Bekanntmachungsnummer [20230726-006525] durchgeführt.

Der AN ist einer der obsiegenden Bieter in diesem Vergabeverfahren (das etwaige Los ist dem Deckblatt zu entnehmen) und wird durch den nachfolgenden Rahmenvertrag an den jeweiligen Leistungsabrufen/Miniwettbewerben zur Erbringung von Elektroinstallations- und Blitzschutzarbeiten an konkreten Standorten (neben den weiteren Rahmenvertragspartnern) nach Maßgabe der nachfolgenden (für das jeweilige Los einschlägigen) Regelungen beteiligt werden. Mit diesem Rahmenvertrag werden noch keine Bauleistungen unmittelbar beauftragt, sondern lediglich die partnerschaftliche Zusammenarbeit und Möglichkeit zum Angebotsabruf/ der Angebotsabgabe um die jeweiligen Bauvergaben geregelt.

Dies vorausgeschickt vereinbaren die Parteien was folgt:

## §1 Gegenstand des Vertrages

### 1.1 Vertragsgegenstand

Grundsätzlich ist Gegenstand dieses Rahmenvertrags die Erbringung von Elektroinstallations- und Blitzschutzarbeiten des AN, die im Wesentlichen dem Rahmenvertrags-Leis-



tungsverzeichnis (**Anlage 7**) zu entnehmen sind, sowie ggf. standortspezifische zusätzliche bzw. geänderte Elektroinstallations- und Blitzschutzarbeiten, die in den Rahmenvertrags-Leistungsverzeichnissen nicht enthalten sind, jedoch im weitesten Sinne dem Gewerk „Elektroinstallations- und Blitzschutzarbeiten“ zuzuordnen sind.

## 1.2 „Exklusivität“ zur Teilnahme an Miniwettbewerben/Einzelabruf ohne Miniwettbewerb

Für die Bauleistung im Rahmen des Vertragsgegenstandes (Ziffer 0) ist dieser Vertrag während seiner Laufzeit zugunsten des AN und der weiteren Rahmenvertragspartner grundsätzlich exklusiv, d.h. eine Beschaffung derselben Leistung auf Basis der mit diesem Vertrag vereinbarten Elektroinstallations- und Blitzschutzarbeiten soll nur mit den Rahmenvertragspartnern erfolgen. Die AG behält sich aber ausdrücklich vor, in besonders begründeten Fällen, etwa aufgrund

- besonderer objektspezifischer Rahmenbedingungen,
- des Erfordernisses einer bestimmten Qualifikation des ANs, welche nicht im Rahmen der Eignungsprüfung vorgenommen wurde,
- der (zwischenzeitlichen) Unwirtschaftlichkeit eines Einzelabrufes nach Maßgabe der Preise, welche zur Rahmenvereinbarung abgegeben wurden (Einzelabruf ohne Miniwettbewerb) oder
- der Unwirtschaftlichkeit der Ergebnisse von „Miniwettbewerben“

Leistungen außerhalb dieses Rahmenvertrags zu vergeben. Der AN hat mithin keinen Anspruch auf Abruf/Zuschlagserteilung von Elektroinstallations- und Blitzschutzarbeiten unter diesem Rahmenvertrag, sondern nur entsprechenden Anspruch auf exklusive Beteiligung an Abrufen/Miniwettbewerben zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes je Vergabepaket.

## 1.3 Projektziele

Der AN verpflichtet sich, seine Leistungen auf folgende Projektziele auszurichten:

- Die von den Parteien in diesem Vertrag und den Einzelabrufen ohne Miniwettbewerb / Abrufen mittels Miniwettbewerben vereinbarten Abruf-, Einsatz- und Ausführungszeiten sind vertraglich vereinbarte Ausführungsfristen (Vertragsfristen).
- Der AN ist grundsätzlich dazu verpflichtet, an den von der AG aufgerufenen Miniwettbewerben bzw. den Einzelabrufen ohne Miniwettbewerben zur Vergabe von Elektroinstallations- und Blitzschutzarbeiten nach diesem Rahmenvertrag teilzunehmen und jeweils ein bindendes, grundsätzlich zuschlagsfähiges Angebot abzugeben (zu Einzelheiten vgl. unter § 7 und im Verfahrensbrief (**Anlagenkonvolut 1**)).

## 1.4 Prognostizierter Abrufbedarf

Die Parteien schließen den Rahmenvertrag in dem Bewusstsein, dass die AG den konkreten Abrufbedarf der nächsten Jahre nur überschlägig ermitteln kann. Ausführlich wurden dem AN die Einzelheiten hierzu bereits im Verfahrensbrief (**Anlagenkonvolut 1**) zum Vergabeverfahren (Nr. 2023003895\_SpriG\_RV Elektro) mitgeteilt.

Für den Zeitraum 2018 – 2022 (2018 und 2022 jeweils anteilig) wurde ein in Bezug auf 4 Jahre durchschnittliches Auftragsvolumen in den gegenständlichen Gewerken ermittelt:

### LOS 1

**0,00 bis 25.000,00 EUR netto:**

5.489.471,36 EUR netto, bei ca. insgesamt  
3425 Einzelabrufen.

Das Auftragsvolumen wird insgesamt für alle an den Verträgen jeweils beteiligten Vertragspartner insgesamt während der nunmehr angestrebten gesamten Laufzeit von maximal 4 Jahren (somit inkl. Verlängerungen, ohne Verlängerung halbieren sich die Beträge um die Hälfte) für den jeweiligen Rahmenvertrag (bzw. das jeweilige Los) auf maximal:

#### **LOS 1**

**0,00 bis 25.000,00 EUR netto:**

7.200.000,00 EUR netto, bei ca. insgesamt 3.750 Einzelabrufen,

geschätzt. Im Hinblick auf die Anzahl der Einzelabrufe wird davon ausgegangen, dass ein ähnliches Niveau wie in den Vorjahren erreicht wird bzw. inkl. einer entsprechenden (wie bei der jeweiligen Auftragssumme) Steigerung.

Maßgeblich für die Höchstabrufmenge/ das maximale Auftragsvolumen ist der jeweils geschätzte Netto-Eurobetrag.

Die vorstehenden benannten jeweiligen maximalen Auftragsvolumina gelten als Gesamthöchstabrufsummen für den jeweiligen Rahmenvertrag. Die AG wird (nach ihrem Bedarf – es besteht keine Abrufpflicht) lediglich bis zu diesen jeweiligen Grenzen entsprechende Abrufe tätigen.

### **1.5 Berechtigung zum Leistungsabruf**

1.5.1 Vertragspartner als Auftraggeberin (AG) dieser Rahmenvereinbarung ist die Sprinkenhof GmbH. Zum Abruf und somit zur Beteiligung am Rahmenvertrag berechtigt (aber nicht verpflichtet) sind die nachfolgenden Rechtsträger („Dritte“), die ggf. ebenfalls durch die AG jeweils vertreten werden, jeweils für die ihnen zugeordneten Objekte:

1. Freie und Hansestadt Hamburg
2. Grundstücksgesellschaft Polizeipräsidium mbH
3. Hamburger Gesellschaft für Gewerbebauförderung mbH
4. FEG Fischereihafenentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG
5. Kommanditgesellschaft VHG Verwaltung Hamburgischer Gebäude GmbH & Co.
6. 1. HIM Hamburgische Immobiliengesellschaft für Museen mbH & Co. KG
7. 2. HIM Hamburgische Immobiliengesellschaft für Museen mbH & Co. KG
8. IVK Immobilienverwaltung für Kultur GmbH & Co. KG
9. HGL Hamburger Gesellschaft für Luftverkehrsanlagen mbH

1.5.2 Das Gesamt-Auftragsvolumen von Elektroinstallations- und Blitzschutzarbeiten, die nach diesem Rahmenvertrag vergeben werden, ändert sich durch einen Drittabruf nicht; die Kontingente können nach Wahl der AG von der AG selbst oder/ und durch die Dritten gemäß vorstehender Ziffer in Anspruch genommen werden.

1.5.3 Die jeweils (zum Abruf ohne Miniwettbewerb/ mit Miniwettbewerb) durch Einzelabruf auffordernde Gesellschaft wird AG des konkreten Auftrags, erteilt den Zuschlag und haftet allein und vollumfänglich für die Vertragspflichten des jeweiligen AGs; eine ge-

samtschuldnerische Haftung besteht nicht. Die jeweilige Beauftragung erfolgt ausschließlich auf Rechnung des jeweils die Beauftragung auslösenden AGs.

- 1.5.4 Die Regelungen dieses Rahmenvertrags gelten uneingeschränkt für die AG und die Dritten, wenn diese aus diesem Rahmenvertrag Leistungen abrufen.

## § 2 Vertragsgrundlagen

### 2.1 Vertragsbestandteile

- 2.1.1 Grundlagen dieses **Rahmenvertrages** sind in der angegebenen Reihenfolge:

- Die Regelungen dieses Vertrages
- Sämtliche Vergabeunterlagen (teilweise nachstehend nochmals gesondert aufgeführt) zum Verfahren Nr. 2023003895\_SpriG\_RV Elektro, insbesondere der darin enthaltene Verfahrensbrief und dem Verzeichnis der Leistungsorte **Anlagekonvolut 1**
- Bieterfragen- und Antwortkatalog vom 02.10.2023 **Anlage 2**
- Das Angebot des AN vom 25.08.2023, 8:58:05 **Anlagenkonvolut 3**
- Muster-Bürgschaft **Anlage 4**
- - Nicht belegt - **Anlage 5**
- DSGVO-Information **Anlage 6**
- Jeweiliges Rahmenvertrags-Leistungsverzeichnis **Anlage 7**
- Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB) – VV-Bau Anlage 6-060 **Anlage 8**  
(insbes. hier: soweit nicht in diesem Vertrag oder in dem Verfahrensbrief konkretere Regelungen getroffen wurden)
- Hinweise auf das Landesrecht der FHH – VV-Bau Anlage 6-000 **Anlage 9**
- Muster-Einzelabruf der AG **Anlage 10**
- Versicherungsnachweis des AN **Anlage 11**
- Leitfaden Nachhaltiges Bauen des BMI 01/2019 **Anlage 12**
- Merkblatt zur Abfallentsorgung bei Bau- und Abbrucharbeiten **Anlage 13**  
(Stand Juli 2020)
- Compliance-Erklärung **Anlage 16**
- Für die Bauleistungen die VOB/B sowie die VOB/C in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Fassung; für Planungsleistungen das BGB
- die anerkannten Regeln der Technik unter Einbeziehung der Europäischen Normen (EN) sowie die Normen des Deutschen Institutes für Normung e.V. (DIN-Normen), ferner VDE-, VDI-, VDS- sowie TÜV-Vorschriften, einschließlich aller einschlägigen Herstellerrichtlinien, jeweils gültig zum Abnahmezeitpunkt, soweit nicht ausdrücklich schriftlich anders vereinbart
- Verordnungen und Richtlinien (z.B. Unfallverhütung etc.), die für das Bauvorhaben einschließlich der nutzungsspezifischen Ausbauten geltenden bauordnungs- und gewerberechtlichen Bestimmungen, jeweils in der gültigen Fassung

- 2.1.2 Die Rangfolge der Vertragsbestandteile ergibt sich zunächst aus der obigen Reihenfolge. Unvollständigkeiten, Unklarheiten und Widersprüche sind dahingehend aufzulösen, dass in jedem Fall die einschlägigen rechtlichen Vorschriften sowie die anerkannten Regeln der Technik einzuhalten sind und eine den übrigen Vorschriften und Qualitäten dieses Vertrages und seiner Anlagen entsprechende funktionsfähige Leistung geschuldet wird.



Schriftstücken auf sie Bezug genommen wird.

Es gelten ausschließlich die Vertragsbedingungen der AG.

### § 3 Vertragslaufzeit

Die Laufzeit dieses Vertrages ist begrenzt. Der Vertrag endet nach 2 Jahren ab dem voraussichtlichen Beginn des Ausführungszeitraums am 01.11.2023, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

Es besteht die Möglichkeit der einmaligen Verlängerung der Rahmenvereinbarung zu den bestehenden Bedingungen um zwei Jahre. Der Vertrag verlängert sich automatisch um diese zwei Jahre, wenn die AG den Vertrag nicht 3 Monate vor dem ursprünglichen Vertragsende kündigt. Hierbei handelt es sich um ein einseitiges Gestaltungsrecht der AG. Der AN hat keinen Anspruch auf Wahrnehmung der Option. Sofern sich der Vertrag verlängert, endet er automatisch nach Ablauf der Verlängerung.

Vor dem Ende der Vertragslaufzeit abgerufene Einzelaufträge sind jedoch noch ordnungsgemäß auszuführen und zu beenden.

Darüber hinaus endet der Vertrag, sofern die jeweiligen maximalen Abrufmengen erreicht sind.

Etwaige Gewährleistungsrechte der AG bleiben von den vorstehenden Regelungen unberührt; insoweit gelten die Regelungen dieses Vertrages (siehe § 17).

### § 4 Vergütung

- 4.1 Die Leistungen des AN werden auf der Grundlage der erteilten Zuschläge gemäß den Vorgaben in diesem Rahmenvertrag vergütet.  
Die Vergütung errechnet sich jeweils (u.a. abhängig vom jeweiligen Los) auf der Basis der Preisangaben im Rahmenvertrags-Leistungsverzeichnis des AN (**Anlage 7**) – bei Einzelabruf ohne Miniwettbewerb direkt aus dem Rahmenvertrags-Leistungsverzeichnis (möglich bei Los 1, Los 4 und Los 5) - oder nach Maßgabe der in einem Miniwettbewerb jeweils abgegebenen Preise (vgl. zu den Einzelheiten unter § 7).
- Berücksichtigt werden ebenfalls ggf. vom AN angegebene Abschläge und die etwaige Preisanpassung gemäß § 5 zusätzlich der jeweils gültigen Umsatzsteuer.
- 4.2 Die jeweilige Vergütung für die Elektroinstallationsarbeiten und Blitzschutzarbeiten, die Gegenstand des Einzelabrufs (mit oder ohne Miniwettbewerb) sind, gilt für die gesamte Bauzeit als Festpreis.
- 4.3 Abschlagszahlungen sind für nachgewiesene, vertragsgemäße, berechnete Leistungen 30 Kalendertage nach Rechnungszugang bei der AG fällig. Abschlagsrechnungen können maximal einmal monatlich gestellt werden. Die Schlusszahlung wird für nachgewiesene und vertragsgemäße Leistungen 60 Kalendertage nach Zugang der Schlussrechnung bei der AG fällig. Rechnungen müssen prüffähig sein.



- 4.4 Rechnungen sind nummeriert und kumuliert aufzustellen und mit der Bestellnummer der AG zu versehen. Rechnungen sind in 2-facher Ausfertigung bei der AG einzureichen. Für jeden Standort/jedes Objekt ist eine separate Rechnung aufzustellen, auch wenn mehrere Standorte/Objekte in einem Einzelabruf beauftragt werden, sofern die AG im Einzelfall keine anderweitige Aufstellung verlangt.
- 4.5 Für den Fall, dass der AN der AG keine Freistellungsbescheinigung gemäß § 48b Abs. 1 und 3 EStG übergibt, verringert sich die Vergütung um den gemäß § 48 Abs. 1 EStG von der AG vorzunehmenden Steuerabzug.

### § 5 Preisanpassung

- 5.1 Die Parteien sind sich angesichts der aktuellen baukonjunkturellen Wirtschaftslage (z.B. gestörte Lieferketten, „Ukraine-Krieg“, etc.) bewusst, dass die Vereinbarung von wirtschaftlichen Einheitspreisen (**Anlage 7**) eine partnerschaftliche Steuerungsmöglichkeit während der Vertragslaufzeit erfordert, insbesondere für den Fall, dass die Materialkosten des AN starken Schwankungen unterworfen sind. Hierzu vereinbaren die Parteien folgenden Mechanismus zur Anpassung der Rahmenvertrags-Leistungsverzeichnisse. Unabhängig hiervon versichert der AN, dass er sich über die gesamte Vertragslaufzeit (inkl. Verlängerung) an etwaige jeweilig aktuelle Tarifvorgaben hält.
- 5.2 Sämtliche Einheitspreise des Rahmenvertrags-Leistungsverzeichnisses sind auf der Basis der Einkaufspreise des AN zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist für diesen Rahmenvertrag kalkuliert. Erstmals mit Wirkung ab dem 01.01.2025 (maßgeblich ist das Datum der Zuschlagserteilung in einem Einzelabruf) (nachfolgend „**Preisanpassungsbeginn**“) erhöht oder reduziert sich die jeweilige Vergütung im Einzelabruf entsprechend der prozentualen Veränderung, soweit die Veränderung mehr als +/-      % beträgt (nachfolgend „**Selbstbeteiligung**“), in dem vom Statistischen Bundesamt festgestellten Baupreisindex „Neubau (konventionelle Bauart) von Wohn- und Nichtwohngebäuden, Gewerbliche Betriebsgebäude, 2015 = 100“ (nachfolgend „**BPI**“), soweit eine Partei dies verlangt. Im Falle der Erhöhung oder Reduzierung der Vergütung erfolgt die Anpassung der Vergütung nur anhand der prozentualen Veränderung des BPI nach Abzug der Selbstbeteiligung.
- 5.3 Maßgeblich für die Preisanpassung ist die Veränderung zwischen dem Indexstand des BPI im Kalendermonat der Ausführung der jeweiligen Leistung im Einzelauftrag durch den AN und dem Kalendermonat des Preisanpassungsbeginns. Der AN ist verpflichtet, den Zeitpunkt der Leistungserbringung in geeigneter Form unverzüglich (z.B. mittels Bautagebuch, Aufmaß, etc.) mit Bezug zu den entsprechenden Positionen des „Einzelabruf-Leistungsverzeichnisses“ zur Prüfung vorzulegen, wenn er die Anpassung seiner Vergütung aufgrund des gestiegenen BPIs verlangt. Die AG kann ihrerseits ebenfalls die Vorlage dieser Unterlagen verlangen, um die Möglichkeit einer Preisanpassung prüfen zu können.

Der AN ist verpflichtet, sein Anpassungsverlangen stets unverzüglich auszuüben und etwaige Anpassungen von Einheitspreisen aufgrund eines gestiegenen BPIs stets sogleich mit der nächsten Abschlagsrechnung nach Ausführung der betreffenden Leistung vollständig in Ansatz zu bringen bzw. unter Vorlage der entsprechenden Nachweise abzurechnen.

- 5.4 Wird das Basisjahr für den BPI verändert oder der BPI vom Statistischen Bundesamt nicht mehr fortgeführt, wird die vorstehende Preisanpassungsklausel automatisch auf das neue Basisjahr bzw. denjenigen Nachfolgeindex umgestellt, der die Entwicklung des Baupreisindex für gewerbliche Betriebsgebäude im Bundesgebiet am ehesten wiedergibt. Bei mehreren zur Wahl stehenden Indizes soll derjenige genommen werden, der

von seinen Berechnungsvoraussetzungen (insbesondere Warenkorb) dem BPI so nahe wie möglich kommt. Entsprechendes gilt, falls ein auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkter Baupreisindex nicht mehr ermittelt oder veröffentlicht werden sollte. Die AG wird den maßgeblichen Ersatzindex nach billigem Ermessen bestimmen.

- 5.5 Diese Regelungen zur Preisanpassung sind wiederholt bzw. je Einzelabruf anwendbar, wenn die oben beschriebenen Voraussetzungen einer Preisanpassung Vorliegen.
- 5.6 Darüberhinausgehende Preisanpassungen schließen die Parteien aus.

## **§ 6 Leistungen des AN**

### **6.1 Allgemeines**

- 6.1.1 Der AN hat unter Berücksichtigung aller Vertragsunterlagen sämtliche Elektroinstallationsarbeiten und Blitzschutzarbeiten zu erbringen, die zur Erfüllung eines abnahme-reifen Gewerks bzw. zur vertraglich vorgesehenen Nutzung erforderlich sind und wie sie insbesondere im Einzelabruf näher konkretisiert werden.
- 6.1.2 Der AN wird die von der AG etwaige bereitgestellten Planungsunterlagen vollständig prüfen und etwaige Mängel anzeigen bzw. erforderliche Angaben unverzüglich bei der AG nachfordern, die er für die rechtzeitige Erbringung seiner Leistungen benötigt.
- 6.1.3 Dem AN ist bekannt, dass er seine Bauleistungen ggf. im laufenden Betrieb erbringen muss und ggf. in einem denkmalgeschützten Umfeld. Näher Angaben erfolgen im Einzelfall mit dem Einzelabruf.

### **6.2 Leistungsumfang**

Der AN schuldet insbesondere die Erfüllung folgender Leistungen:

- 6.2.1 Alle im konkreten Einzelabruf und seinen Anlagen benannten Leistungen. Der AN hat bei der Ausführung seiner Leistungen die Anordnungen der AG zu beachten und etwaige Bedenken unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- 6.2.2 Etwaige Planungsleistungen des AN bedürfen einer schriftlichen Freigabe durch die AG. Nachforderungen, Ergänzungen durch Behörden und Änderungen durch die AG sind unverzüglich vom AN zu berücksichtigen und entsprechende Pläne zu erstellen. Der AN hat seine Leistungen rechtzeitig mit der AG und allen sonstigen fachlich Beteiligten abzustimmen.
- 6.2.3 Der AN ist verpflichtet, für die Dauer der Durchführung der vertraglichen Leistungen stets Mitarbeiter in ausreichender Anzahl und mit der bei Vertragsabschluss geforderten Qualifikation (Fach- und Sachkunde) vorzuhalten, um eine termingerechte und qualitativ den vertraglichen Vorgaben entsprechende Durchführung des Vertrages zu gewährleisten. Dem AN ist insbesondere bekannt, dass unter diesem Rahmenvertrag auch Einzelaufträge in Bestandsgebäuden mit hohen Sicherheitsanforderungen (z.B. Polizei, JVA, etc.) zu erbringen sind, bei denen nur sicherheitsüberprüftes Personal vom AN eingesetzt werden darf. Der AN hat daher stets eine ausreichende Anzahl an sicherheitsgeprüftem Personal vorzuhalten bzw. wird der AG – soweit eine Sicherheitsüberprüfung zeitlich vor Auftragsdurchführung noch möglich ist – alle erforderlichen Unterlagen unverzüglich nach Erteilung des Zuschlags auf einen Einzelabruf mit sicherheitsüberprüften Personalanforderungen zur Verfügung stellen, um die erforderliche Sicherheitsüberprüfung (Dauer ca. 2 Monate) vor Auftragsdurchführung vornehmen zu können (vgl. hierzu auch im Verfahrensbrief und die in den Vergabeunterlagen

bereits enthaltenen Muster Formblätter Sicherheitsüberprüfung nebst Anlagen/ Verschwiegenheitserklärung).

Um etwaige zeitkritische Abläufe zu vermeiden, teilt der AN der AG nach Zuschlagserteilung auf den Rahmenvertrag die Anzahl des etwaigen bereits sicherheitsüberprüften Personals mit bzw. stimmt mit der AG etwaige Sicherheitsüberprüfungen ab.

- 6.2.4 Darüber hinaus ist der AN verpflichtet, in den von der AG unter Umständen auch kurzfristig angesetzten Besprechungsterminen durch qualifiziertes Personal, in der Regel durch den benannten Bauleiter, persönlich zur Verfügung zu stehen,
- 6.2.5 Der AN verpflichtet sich, die Baustelle in einem ordentlichen und sauberen Zustand zu halten. Der AN hat den Baukörper bzw. Bauteile vor Beschädigungen zu schützen, abzusichern und unverzüglich von erheblichen Verschmutzungen zu reinigen, im Übrigen regelmäßig zu reinigen. Beschädigungen, die dem AN zugerechnet werden können bzw. Beschädigungen durch Dritte, die der AN oder seine Nachunternehmer zu vertreten haben, sind unverzüglich zu beseitigen bzw. deren Beseitigung zu veranlassen und nachzuhalten.
- 6.2.6 Bauschutt, Verpackungen und sonstiger Abfall des AN, der sich auf der Baustelle befindet oder entsorgt werden muss, ist regelmäßig abzutransportieren und in Übereinstimmung mit allen gesetzlichen, behördlichen Vorschriften zu entsorgen. Abfälle sind so weit wie möglich zu vermeiden. Erfolgt die Beseitigung von Abfällen nicht oder nur ungenügend, kann die AG die Beseitigung der Abfälle anordnen. Folgt der AN der Anordnung nicht innerhalb einer angemessenen Frist, kann die AG einen Dritten mit der Beseitigung beauftragen und dem AN die Kosten weiter belasten; bei mehreren betroffenen Gewerken anteilig jeweils nach prozentualem Anteil der AN an der Gesamtauftragssumme bzw. nach billigem Ermessen der AG.

## § 7 Leistungsabruf

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird in Bezug auf den Einzelabruf vollständig auf Ziff. IV des Verfahrensbriefs, **Anlagenkonvolut 1**, verwiesen.

## § 8 Geänderte und/oder zusätzliche Bauleistungen

### 8.1 Modifizierung des Leistungssolls / formale Anforderungen

- 8.1.1 Der AN ist zu Änderungen der Baudurchführung, der Leistungszeit sowie zu zusätzlichen Leistungen verpflichtet, wenn die AG dies durch eine entsprechend autorisierte Person verlangt und der AN oder seine Nachunternehmer auf solche Leistungen eingerichtet sind. Wird aufgrund von der AG zu vertretender Behinderungen oder Leistungsänderungen eine beschleunigte Bauausführung zur Erreichung der Projektziele notwendig, so ist die AG im Rahmen billigen Ermessens (§ 315 BGB) auch berechtigt, unter Berücksichtigung der personellen Kapazitäten und Dispositionen des AN, zumutbare Beschleunigungsmaßnahmen zu verlangen und gegebenenfalls anzuordnen.
- 8.1.2 Wünscht die AG die Planung oder Ausführung einer geänderten oder zusätzlichen Leistung (in Bezug auf den bereits erteilten Einzelabruf, die Regelungen des § 7 sind zu beachten, insbesondere auch in Bezug auf zusätzliche Leistungen, welche nicht im Rahmenvertrags-LV enthalten sind) bzw. Beschleunigung oder erhält der AN aus sonstigem Grunde Kenntnis von der Notwendigkeit der Ausführung geänderter oder zusätzlicher Leistungen, hat der AN unverzüglich, spätestens innerhalb **von 6 Werktagen** nach Anforderung durch die AG oder der sonstigen Kenntnis, ein schriftliches detailliertes und verbindliches Nachtragsangebot für sämtliche Planungs- und Bauleistungen (nachfolgend auch „**Nachtragsangebot**“) zu unterbreiten. Die AG prüft das



Nachtragsangebot innerhalb einer Frist von **10 Werktagen** nach Zugang. Werden Planungsleistungen für die Abgabe des Nachtragsangebots erforderlich, werden diese ebenfalls vom AN erbracht und der AG übergeben. Das Nachtragsangebot weist die Kosten- und Terminfolgen unter Berücksichtigung der Preisermittlungsgrundlagen (Ziffer 0) sowie der Vertragstermine (0) detailliert aus. Die AG prüft vor der Beauftragung des Nachtrages die etwaige Notwendigkeit eines weiteren Einzelabrufs/Miniwettbewerb nach Maßgabe des § 7.

8.1.3 Die Vertragsparteien verpflichten sich, möglichst zeitnah, jeweils nach Vorlage des Nachtragsangebotes, schriftliche Nachtragsvereinbarungen zu schließen, welche die Mehr- und Minderkosten und etwaige Terminfolgen von Leistungsänderungen und zusätzlichen Leistungen abschließend regeln. Der AN ist dabei grundsätzlich gehalten, mögliche Terminverzögerungen aufgrund von geänderten oder zusätzlichen Leistungen durch Kapazitätserhöhungen oder Re-Organisation der Arbeitsabläufe soweit möglich zu vermeiden. Hierdurch ggf. entstehende Mehrkosten sind im Nachtragsangebot auszuweisen.

8.1.4 Der AN darf eine geänderte oder zusätzliche Leistung grundsätzlich nur nach Abschluss einer schriftlichen Nachtragsvereinbarung ausführen. Im Interesse der störungsfreien und termingerechten Abwicklung des Projektes steht der AG ein Anordnungsrecht ohne Einhaltung einer Frist zu, soweit

(1) der AN ein ordnungsgemäßes Angebot nach Ziffer 0 nicht innerhalb von 10 Werktagen rechtzeitig vorgelegt hat, soweit der AN nicht wegen besonderer Umstände unverzüglich einen längeren Zeitbedarf für die Angebotserstellung in Textform substantiiert geltend gemacht hat oder,

(2) nach Vorlage des Angebots eine Einigung endgültig gescheitert ist oder,

(3) in Fällen dringlichen Änderungsbedarfs, wenn die Ausführung der zu ändernden Leistungen aufgrund des Fortgangs der Arbeiten zeitlich nicht oder nur mit wesentlichen Nachteilen aufgeschoben werden kann bzw. ein Aufschub die Vertragstermine gefährdet und das dem AN auch bei Berücksichtigung dessen Interesses an der vorherigen Vereinbarung der Vergütung überwiegt;

(4) die Ausführung der Änderung vor Ablauf der Verhandlungsfrist unter Abwägung der beiderseitigen Interessen dem AN zumutbar ist, insbesondere wenn eine nicht erhebliche Änderung vorliegt, die nur einem unwesentlichen Teil der beauftragten Gesamtleistung entspricht, deren Vergütung anhand der vertraglichen Preisermittlungsgrundlagen unschwer festzustellen ist und die keine erheblichen Auswirkungen auf den Bauablauf hat. Die Ausführung vor Ablauf einer Verhandlungsfrist ist dem AN in der Regel zumutbar, soweit ohne eine sofortige Anordnung einer notwendigen Änderung zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolges die Bau-, Planungs- oder Projektabläufe nicht nur unwesentlich beeinträchtigt werden, insbesondere Gefahr im Verzug ist.

8.1.5 Leistungen, hinsichtlich derer die Parteien uneinig sind, ob sie zum Leistungsumfang des AN gehören, erbringt der AN auf Anordnung der AG unverzüglich zunächst selbst. Mögliche Ansprüche auf Mehrvergütung des AN bleiben unberührt. Etwaige Streitigkeiten über die hierfür geschuldete Vergütung werden nach erbrachter Leistung durch den AN oder parallel hierzu geklärt; keinesfalls soll der Fertigstellungstermin durch Abstimmungsfragen zum Leistungssoll gefährdet werden. Dem AN steht insbesondere kein Leistungsverweigerungsrecht zu, wenn die AG die Leistung dem Grunde nach angeordnet hat.

8.1.6 Mehrvergütungs- und Fristverlängerungsansprüche des AN sind ausgeschlossen,



wenn er eine geänderte oder zusätzliche Leistung ausführt, ohne dass zuvor eine schriftliche Nachtragsvereinbarung zustande gekommen ist oder zumindest die AG die Ausführung zuvor schriftlich angeordnet hat. Etwas Anderes gilt nur dann, wenn er den Umstand der Leistungsänderung bzw. die Terminauswirkungen nicht erkennen konnte oder weil er im Rahmen der Gefahrenabwehr gehandelt hat. § 2 Abs. 8 VOB/B bleibt unberührt.

## 8.2 Vergütungsanpassung bei geänderten und/oder zusätzlichen Leistungen

- 8.2.1 Die Vergütung für geänderte oder zusätzliche Leistungen (sofern nicht von den Regelungen des § 7 umfasst), d.h. für den vermehrten oder verminderten Aufwand wird nach den tatsächlich erforderlichen Kosten mit angemessenen Zuschlägen für allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn gemäß § 650c Abs. 1 S. 1 BGB ermittelt. Die Parteien legen die im etwaigen Verhandlungsprotokoll bzw. die im Vordruck Preisermittlungsblatt 1 (**Anlage 1**) aufgeführten Zuschläge als angemessene Zuschläge i.S.d. § 650c Abs. 1 S. 1 BGB fest.
- 8.2.2 Entfallende Leistungen werden grundsätzlich mit allen zusätzlichen Aufträgen vollständig verrechnet, die bei der Realisierung des vertragsgegenständlichen Einzelabrufs beauftragt werden. Stundenvereinbarungen sind ausgeschlossen.

## § 9 Ausführungsfristen

Die Parteien sind sich bereits jetzt einig, dass der in dem jeweiligen Einzelabruf (ob mit oder ohne Miniwettbewerb) pro Standort für die Herstellung aller beauftragten Elektroinstallationsarbeiten und Blitzschutzarbeiten vorgesehene Fertigstellungstermin eine Vertragsfrist gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B ist. Einer gesonderten Vereinbarung je Einzelabruf und Standort bedarf es hierfür nicht.

## § 10 Einsatz von Nachunternehmern

- 10.1 Jede Übertragung der Ausführung von vertragsgegenständlichen Leistungen oder Teilleistungen des AN auf einen Nachunternehmer oder der Austausch eines Nachunternehmers nach Vertragsschluss bedarf der **vorherigen schriftlichen Zustimmung** der AG (siehe **Anlage 9 – Landesrecht** -, Ziffer 2.1). Der AN hat der AG vor der Erteilung der Zustimmung eine schriftliche Erklärung des Nachunternehmers einzureichen, in der dieser bestätigt, dass der AN auf die Ressourcen des Nachunternehmers uneingeschränkt zugreifen kann, soweit dies zur Durchführung der unterbeauftragten Leistungen erforderlich ist. Bloße Zulieferungen oder rein unterstützende Tätigkeiten fallen nicht unter den Begriff des Nachunternehmerauftrags.
- 10.2 Durch die Aufgabenübertragung auf Dritte dürfen der Vertragszweck, die vereinbarten Termine, die Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz und Geheimhaltung nicht gefährdet oder beeinträchtigt werden. Der AN ist verpflichtet, in den Vertrag mit seinem jeweiligen Nachunternehmer entsprechende Regelungen aufzunehmen und hat auch im Übrigen sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um diese Anforderungen zu erfüllen. Dies gilt insbesondere entsprechend für die Ausführungen zur Sicherheitsüberprüfung/Vertraulichkeit. Der AN hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass auch bei seinem Nachunternehmer ausreichend sicherheitsüberprüftes Personal zur Verfügung steht oder rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird.
- 10.3 Die Zustimmungserteilung nach Ziffer 0 kann von der Prüfung der Fachkunde, der Leistungsfähigkeit und der Zuverlässigkeit des Nachunternehmers anhand der Maßstäbe

zeitig, in der Regel spätestens 14 Kalendertage vor Leistungsbeginn des Nachunternehmers, der AG vollständig in Textform vorzulegen, so dass die AG die entsprechende Prüfung vornehmen kann. Die Zustimmung der AG gilt nach Ablauf von 14 Kalendertagen als erteilt, wenn der AG die vollständigen Eignungsnachweise des Nachunternehmers vorgelegt wurden und die Anmeldung ordnungsgemäß und transparent erfolgt ist und von der AG keine anderweitige Mitteilung erfolgt. Die AG kann eine einmal erteilte Zustimmung jederzeit und fristlos widerrufen, falls sich im Nachhinein herausstellt, dass die Anmeldung des Nachunternehmers nicht ordnungsgemäß erfolgt ist, die Eignung des Nachunternehmers wegfällt oder die Nachbeauftragung Störungen im Vertragsverhältnis zwischen AN und AG zur Folge hat. Auf die Pflichten des AN und die Geltendmachung einer Vertragsstrafe gemäß Ziffer 5 der **Anlage 9** (VV-Bau Anlage 6-000- Landesrecht) wird hingewiesen.

- 10.4 Der AN hat fortlaufend Listen über die von ihm und seinen Nachunternehmern auf der Baustelle eingesetzten Beschäftigten zu führen und dies kontinuierlich und ordnungsgemäß zu dokumentieren. Der AN hat dafür zu sorgen, dass alle in seinem und im Auftrag seiner Nachunternehmer auf der Baustelle Tätigen jederzeit Personal- und Sozialversicherungsausweis bei sich führen. Die AG behält sich entsprechende Kontrollen vor. Auf Verlangen der AG sind ihm Listen und Nachweise, dass die entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge abgeführt worden sind, unverzüglich vorzulegen.
- 10.5 Der AN ist verpflichtet, der AG alle drei Monate, jeweils ab Zuschlag eines Einzelabrufs, eine Aufstellung aller für den jeweiligen Einzelauftrag eingesetzten Nachunternehmer und Nach-Nachunternehmer unter Nennung des vollständigen Firmennamens mit Geschäftsanschrift, beauftragte Leistung (Gewerk) und Zuordnung zur Kategorie KMU sowie dem prozentualen Anteil des jeweiligen Nachunternehmerauftrags am Gesamtauftragswert des Einzelabrufs zu übermitteln. Der AN ist verpflichtet, die vorstehenden Pflichten nebst Vertragsstrafenvereinbarung auch mit allen Nachunternehmern und Nach-Nachunternehmern zu vereinbaren. Der AN stimmt hiermit einer anonymisierten, d.h. in Zahlen und Prozentwerten übersetzte, Weitergabe bzw. Weiterverarbeitung dieser Daten zu.

## §11 Unterlagen

- 11.1 Der AN hat alle aus und im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis erhaltenen Informationen, insbesondere alle von ihm selbst hergestellten, sowie alle ihm von der AG oder von Dritten zur Verfügung gestellten Dokumente, Unterlagen und sonstige Materialien und Informationen, wie beispielsweise Pläne, Zeichnungen, Daten und Datenträger auf Verlangen der AG an diese herauszugeben. Pläne oder Zeichnungen sind hierbei als Pausen, Papier oder Transparent und in digitaler Form auf einem geeigneten Datenträger zu übergeben.
- 11.2 Unterlagen (z. B. Pläne), die die AG geliefert hat, bleiben ihr Eigentum und dürfen nur mit ihrer Zustimmung kopiert oder Dritten zugänglich gemacht werden.
- 11.3 Die AG ist berechtigt, die vom AN erstellten oder beigebrachten Unterlagen zu nutzen und zu verändern; dies ist mit der vereinbarten Vergütung abgegolten.
- 11.4 Sofern erforderlich, kann die AG jederzeit die kurzfristige Überlassung von Originalen (z.B. Originalzeichnungen und -unterlagen) zum Zwecke der Vervielfältigung verlangen.

## **§ 12 Arbeitsgemeinschaften (ARGE)**

- 12.1 Falls es sich bei dem AN um eine ARGE in der Rechtsform einer BGB-Gesellschaft handelt, sind die nachfolgenden Bestimmungen dieses Abschnitts entsprechend zu beachten.
- 12.2 Die ARGE-Partner haften für alle gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der AG persönlich, unbeschränkt und als Gesamtschuldner.
- 12.3 Jeder ARGE-Partner ist von dem/den anderen unwiderruflich und unter Befreiung von § 181 BGB bevollmächtigt, alle Erklärungen im Rahmen dieses Vertrages für den/die anderen abzugeben und entgegenzunehmen. Eine Erklärung, die einer der ARGE-Partner im Zusammenhang mit diesem Vertrag abgibt, gilt als im Namen aller ARGE-Partner abgegeben, wenn nicht der Erklärende ausdrücklich darauf hinweist, nur für sich selbst handeln zu wollen.
- 12.4 Zahlungen der AG können mit befreiender Wirkung an jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft geleistet werden. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft. Üblicherweise werden Zahlungen an den im Formblatt „Bietergemeinschaft“ genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet.
- 12.5 Ohne Zustimmung der AG darf die ARGE keine weiteren Partner aufnehmen, keiner der ARGE-Partner die ARGE verlassen. Jede Änderung im Gesellschafterbestand der ARGE gilt gegenüber der AG erst dann als erfolgt, wenn diese der Änderung schriftlich zugestimmt hat. Auf Aufforderung durch die AG ist ein ARGE-Partner aus der ARGE auszuscheiden, wenn in Bezug auf diesen ARGE-Partner Umstände vorliegen, die die fristlose Kündigung eines Bauvertrages rechtfertigen würden.

## **§ 13 Zusammenarbeit der Beteiligten**

- 13.1 Der AN ist verpflichtet, an den im für den jeweiligen Projekterfolg erforderlichen Turnus stattfindenden Projektbesprechungen (in der Regel einmal wöchentlich) bei der AG (bzw. den Dritten), gegebenenfalls aber auch auf der jeweiligen Baustelle, teilzunehmen. Auf Anordnung der AG können zusätzliche Projektbesprechungen - soweit erforderlich - einberufen werden, an denen der AN ebenfalls teilzunehmen verpflichtet ist. Die Teilnahme an den Projektbesprechungen wird nicht gesondert vergütet.
- 13.2 In Projektbesprechungen wird der Bauleiter oder in Ausnahmefällen der stellvertretende Bauleiter des AN anwesend sein. Der Bauleiter (in Ausnahmefällen bzw. bei Vertretung der stellvertretende Bauleiter) ist befugt, alle vertragsrelevanten Willenserklärungen für den AN abzugeben und entgegenzunehmen. Eine abweichende personelle Vertretung in Projektbesprechungen ist nur im Einzelfall und in Abstimmung mit der AG zulässig; in diesem Fall muss die Vertretung ebenfalls befugt sein, alle vertragsrelevanten Willenserklärungen für den AN abzugeben und entgegenzunehmen. Der Austausch darf in jedem Fall nur gegen Mitarbeiter des AN mit gleichwertiger fachlicher Qualifikation erfolgen.

## **§ 14 Vertretung**



- 14.1 Die Vertreter der AG (oder der ggf. Dritten) in kaufmännischer und baufachlicher Hinsicht werden im jeweiligen Einzelabruf, spätestens jedoch mit dem Zuschlagsschreiben benannt.
- 14.2 Die von der AG (oder ggf. der Dritten) bei der Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung des Bauvorhabens eingesetzten Personen, insbesondere Architekt, Projektsteuerung und Sonderfachleute, sind zur rechtsgeschäftlichen Vertretung der AG (oder ggf. der Dritten) grundsätzlich nicht berechtigt, sofern im Einzelabruf keine abweichende Regelung getroffen wird.
- 14.3 Verhandlungen mit Behörden bedürfen der vorherigen Zustimmung der AG (oder ggf. der Dritten).
- 14.4 Der AN hat für den jeweiligen Einzelabruf einen weisungsbefugten, verantwortlichen (Gesamt)-Bauleiter nach Maßgabe der Anlage Einzelabruf (**Anlage 10**) zu bestimmen. Der AN verpflichtet sich, den benannten Bauleiter tatsächlich zur Leistungserbringung einzusetzen und zu Besprechungen (Ziffer 0) zu entsenden. Die AG kann den Austausch des jeweiligen Bauleiters und/oder eines Stellvertreters verlangen, wenn in dessen Person ein wichtiger Grund vorliegt, der eine vertrauensvolle Zusammenarbeit verhindert.

## § 15 Abnahme

### 15.1 Förmliche Abnahme

- 15.1.1 Die Abnahme von Leistungen erfolgt ausschließlich förmlich.
- 15.1.2 Die Elektroinstallationsarbeiten und Blitzschutzarbeiten des AN sind für den jeweiligen Standort/das Objekt gesandert nach Erledigung sämtlicher noch diesem Vertrag und seinen Anlagen jeweils beauftragter zusammenhängender Elektroinstallationsarbeiten und Blitzschutzarbeiten abzunehmen.
- 15.1.3 Bei der Abnahme sind Mängel aufzunehmen und Termine für die Mängelbeseitigung und für die Durchführung der Restarbeiten festzulegen. Sofern nichts Besonderes geregelt ist, sind die Mängel und Restarbeiten unverzüglich zu beseitigen bzw. vorzunehmen, jedenfalls innerhalb von zwei Wochen nach der durchgeführten Abnahme, es sei denn, der AN weist noch, dass diese Frist für einzelne Mängel nicht angemessen ist. Die Maßnahmen sind so durchzuführen, dass die Beeinträchtigung fremdgenutzter Flächen möglichst gering bleibt.
- 15.1.4 Bis zur Abnahme nicht mehr sichtbare oder unzugängliche Teilleistungen im Sinne des § 4 Absatz 10 VOB/B sind der AG mindestens 10 Werktage vor ihrer jeweiligen Fertigstellung schriftlich anzuzeigen und auf schriftliches Verlangen einer der Vertragspartner bis spätestens zum angezeigten Fertigstellungstermin gemeinsam zu überprüfen. Hierüber ist ein schriftliches Protokoll zu erstellen. Die Rechtswirkungen einer rechtsgeschäftlichen Abnahme werden mit dieser Zustandsfeststellung nicht ausgelöst.

### 15.2 Voraussetzung der Abnahme

- Der AN ist nur dann berechtigt, die AG zur Abnahme aufzufordern, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind: Vertragsgerechte Erbringung sämtlicher Lieferungen und Leistungen für den abzunehmenden Leistungsbereich ohne wesentliche Mängel.



## **§ 16 Rechnungslegung und Zahlungen**

- 16.1 Sämtliche Rechnungen sind an den im jeweiligen Einzelabruf bezeichneten AG bzw. die dort genannte Rechnungsadresse zu richten. Für etwaige Zahlungsfristen sind die Bestimmungen unter § 4 dieses Rahmenvertrages maßgeblich.
- 16.2 Sämtliche Zahlungen der AG werden mit schuldbefreiender Wirkung auf das angegebene Konto des AN geleistet.
- 16.3 Die Rechnungen sind nur als elektronische Rechnung zulässig und müssen den Vorgaben der E-Rechnungsverordnung (ERechV) sowie des § 14 Abs. 3 UStG entsprechen.
- 16.4 Eine Abtretung oder Verpfändung der Zahlungsansprüche des AN ist ausgeschlossen; § 354a HGB bleibt unberührt.

## **§ 17 Mängelansprüche**

### **17.1 Allgemeines**

- 17.1.1 Mängelansprüche gegen den AN richten sich - soweit nachstehend nichts Abweichendes bestimmt ist - in Art und Umfang nach § 13 VOB/B. In Abweichung von § 13 VOB/B beträgt die Gewährleistungsfrist für sämtliche Leistungen des AN fünf Jahre.
- 17.1.2 Es wird klargestellt, dass auch eine Häufung von optischen Mängeln und Reinigungsmängeln einen wesentlichen Sachmangel darstellen kann.
- 17.1.3 Die AG kann vor Eintritt der Verjährung der Mängelansprüche eine gemeinsame Besichtigung der betreffenden Leistungen verlangen. Im Rahmen der Besichtigung sollen vorhandene Mängel dokumentiert werden. Verweigert der AN die Teilnahme an Besichtigungen oder erscheint er zur Besichtigung nicht, kann die AG einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen ihrer Wahl mit der Mängelaufnahme befassen. Die Kosten der Beauftragung des Sachverständigen trägt in diesem Fall der AN.

### **17.2 Mängelbeseitigung vor Abnahme**

Der AN ist auch schon vor der Abnahme verpflichtet, festgestellte Mängel – sofern sie wesentlich sind – unverzüglich, spätestens binnen einer ihm von der AG gesetzten, angemessenen Frist zu beseitigen. Kommt der AN dieser Verpflichtung nicht innerhalb der ihm gesetzten Frist nach, so ist die AG auch schon vor der Abnahme zu einer Selbstvornahme auf Kosten des AN berechtigt, dies unter Einhaltung der Vorgaben § 4 Abs. 7 der VOB/B mit Verbindung § 8 Abs. 3 VOB/B.

### **17.3 Abtretung**

Der AN tritt der AG sämtliche Mängelansprüche gegen Nachunternehmer zur Sicherung ab, was die AG hiermit annimmt. Die AG ist verpflichtet, von dieser Sicherungsabtretung nur im Fall einer Insolvenz des AN Gebrauch zu machen. Nimmt die AG den AN aus diesen Gewährleistungsrechten in Anspruch, ist die AG zuvor zur Rückabtretung der jeweiligen Gewährleistungsansprüche an den AN verpflichtet.

## § 18 Haftung und Gefahrtragung

Soweit in diesem Vertrag nichts Anderes bestimmt ist, haftet der AN nach den gesetzlichen Vorschriften. Der AN stellt den AG von allen im Zuge der Leistungserbringung nach diesem Vertrag entstehenden und damit zusammenhängenden Schadensersatzansprüchen Dritter frei, sofern diese ursächlich auf Leistungen des AN beruhen und er diese verschuldet hat. Das gilt auch für die Folgen von Produkthaftung.

## § 19 Zurückbehaltungsrechte

Dem AN stehen keine Zurückbehaltungsrechte oder Leistungsverweigerungsrechte zu, es sei denn die Rechte oder Ansprüche des AN sind unstrittig oder rechtskräftig festgestellt. Gleiches gilt für das Aufrechnungsrecht des AN. Das Recht des AN zur Aufrechnung besteht jedoch unbeschränkt, wenn die aufgerechnete Forderung des AN mit der Hauptforderung synallagmatisch verknüpft ist.

## § 20 Vertragsstrafe und Schadensersatz

- 20.1 Gerät der AN mit der Einhaltung der jeweils vereinbarten Fertigstellungstermine je Standort nach Maßgabe des jeweiligen Einzelabrufs in Verzug, hat er je Werktag des Verzuges eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2 % der Netto-Auftragssumme (abzüglich vereinbarter Nachlässe und Rabatte) des Einzelabrufs, höchstens jedoch 5 % der Netto-Auftragssumme des jeweiligen Einzelabrufs, zu zahlen.
- 20.2 Gerät der AN mit etwaigen im Einzelabruf benannten Zwischenfristen in Verzug, verwirkt er je Werktag, um den die Zwischenfrist schuldhaft überschritten wird, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,15 % der Netto-Auftragssumme (abzüglich vereinbarter Nachlässe und Rabatte) des Einzelabrufs, die auf den Leistungsanteil entfällt, der zur jeweiligen Zwischenfrist geschuldet ist, höchstens jedoch 5 % der Netto-Auftragssumme des jeweiligen Einzelabrufs, die auf den Leistungsanteil entfällt, der zur jeweiligen Zwischenfrist insgesamt geschuldet ist.
- 20.3 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 % der Netto-Auftragssumme des Einzelabrufs beschränkt, d.h. einschließlich einer etwaigen Vertragsstrafe wegen Überschreitung von Zwischenfristen. Soweit der AN bezüglich einer Zwischenfrist bereits in Verzug geraten ist, wird die Vertragsstrafe bei der Überschreitung weiterer Fristen nur verwirkt, wenn insoweit zusätzlicher bzw. neuer Verzug des AN eingetreten ist. Eine verwirkte Vertragsstrafe auf Zwischentermine entfällt, wenn der vereinbarte Fertigstellungstermin vom AN eingehalten wird und der AG durch den Verzug mit den Zwischenterminen kein Schaden entstanden ist.
- 20.4 Der Vorbehalt der Vertragsstrafe muss nicht bei der Abnahme erklärt werden. Ausreichend ist, dass die Vertragsstrafe bei Zahlung der Schlussrechnung geltend gemacht wird. Weitergehende Schadensersatzansprüche der AG bleiben unberührt. Die Vertragsstrafe wird jedoch auf solche Schadensersatzansprüche angerechnet.
- 20.5 Verschieben sich Ausführungsfristen nach § 6 Abs. 1 VOB/B, ohne wegen einer grundlegenden Störung des Bauablaufs ganz in Wegfall zu geraten, so gilt die Vertragsstrafe auch für die neuen Termine, und zwar auch dann, wenn die Vertragsparteien auf dieser Grundlage einen neuen Terminplan abgestimmt und die Vertragsstrafe nicht ausdrücklich erneut bestätigt haben.

## § 21 Sicherheiten

### 21.1 Vertragserfüllungssicherheit

- 21.1.1 Zur Sicherung aller sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen des AN einschließlich etwaiger vereinbarter und/oder angeordneter Leistungsänderungen und Zusatzleistungen gemäß § 1 Abs. 3 und 4 S. 1 VOB/B übergibt der AN der AG innerhalb von 18 Werktagen nach Erteilung eines Zuschlags für einen Einzelabruf eine schriftliche, selbstschuldnerische und unbefristete Bürgschaft einer in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Bank, Kreditversicherung oder öffentlichen Sparkasse gem. Muster (**siehe Anlage 4** –ggf. entsprechend der hier gemachten Vorgaben anzupassen) i.H.v. 5 % der vertraglich vereinbarten Netto-Auftragssumme des jeweiligen Einzelabrufs. Der AN ist jedoch dann nicht zur Stellung der vorgenannten Sicherheit verpflichtet, wenn die voraussichtliche Netto-Auftragssumme einen Betrag von 250.000 EUR nicht übersteigt. In diesem Fall ist die AG auch nicht berechtigt, einen entsprechenden Einbehalt als Vertragserfüllungssicherheit vorzunehmen. Etwaige Einbehalte der AG aufgrund von Pflichtverletzungen des AN bleiben unberührt.
- 21.1.2 Auf Verlangen der AG ist der AN verpflichtet, auch nach Übergabe der Vertragserfüllungsbürgschaft jeweils eine Erklärung des Bürgen beizubringen, dass sich der Sicherungszweck der Bürgschaft auch auf zwischenzeitlich vereinbarte und/oder angeordnete zusätzliche und/oder geänderte Leistungen im Sinne von § 1 Abs. 3 und Abs. 4 S. 1 VOB/B im jeweiligen Einzelabruf erstreckt.
- 21.1.3 Die AG ist alternativ berechtigt, die Sicherheit durch Einbehalt i.H.v. 5 % der jeweiligen Abschlagszahlung vorzunehmen, bis der AN der AG die vorbezeichnete Vertragserfüllungsbürgschaft gestellt hat.
- 21.1.4 Nach Abnahme kann die AG diese Erfüllungssicherheit nur noch bis zu einem Höchstbetrag in Höhe von 3 % der Netto-Auftragssumme des Einzelabrufs in Anspruch nehmen. Gegen Aushändigung einer Bürgschaft für Mängelansprüche nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen ist die AG verpflichtet, diese Erfüllungssicherheit an den AN herauszugeben.

### 21.2 Sicherheit für Mängelansprüche

- 21.2.1 Der AN verpflichtet sich, ab einer voraussichtlichen Netto-Auftragssumme i.H.v. 250.000 EUR Sicherheit für Mängelansprüche nach Abnahme zu leisten. Dazu hat er spätestens 10 Bankarbeitstage nach Abnahme eine selbstschuldnerische, unbefristete Bürgschaft einer in Deutschland zugelassenen Bank, Kreditversicherung oder öffentlichen Sparkasse gemäß Muster (**siehe Anlage 4** ggf. entsprechend der hier gemachten Vorgaben anzupassen) in Höhe von 3 % der Netto-Auftragssumme des jeweiligen Einzelabrufs als Sicherheit für die Mängelansprüche Zug-um-Zug gegen Herausgabe der Vertragserfüllungsbürgschaft zu überreichen, es sei denn, dass Ansprüche der AG, die nicht von der Gewährleistungssicherheit umfasst sind, noch nicht erfüllt sind. Dann darf sie für diese Vertragserfüllungsansprüche einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten. Soweit der AN keine Bürgschaft stellt, wird die AG einen entsprechenden Einbehalt vornehmen. Die Verpflichtung zur Einzahlung auf ein Sperrkonto gemäß § 17 Abs. 6 VOB/B wird ausgeschlossen.
- 21.2.2 Die Sicherheit für Mängelansprüche ist dem AN nicht vor Ablauf der vereinbarten Verjährungsfristen zurückzugeben. Im Falle einer gestaffelten Verjährungsfrist für Mängelansprüche kann der AN von der AG nach Ablauf der Verjährungsfrist für bestimmte Teilleistungen eine anteilige Enthaltung der Bürgschaft verlangen.



### 21.3 Sicherungszweck

Der jeweilige Sicherungszweck der Bürgschaft gemäß Ziffer 0 bzw. 0 ergibt sich aus den als Anlage beigefügten Musterbürgschaften (**Anlage 4**). Die Bürgschaftsansprüche verjähren nicht vor den gesicherten Ansprüchen. Als Gerichtsstand wird Hamburg vereinbart.

## § 22 Kündigung

### 22.1 Form

Für Kündigungen gilt die Schriftform.

### 22.2 Kündigung dieser Rahmenvertrag

22.2.1 Für die Kündigung des Rahmenvertrags aus wichtigem Grund gelten wechselseitig die gesetzlichen Kündigungsgründe. Ansonsten werden sich die Vertragspartner bei Auftreten von Meinungsverschiedenheiten nach Kräften um eine einvernehmliche Lösung bemühen.

22.2.2 Ein wichtiger Kündigungsgrund ist insbesondere:

a) wenn der AN es versäumt, die Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen oder diese erlischt vor dem Zeitpunkt der Abnahme seiner Leistungen durch die AG bzw. der AN es versäumt, auf Verlangen der AG den vereinbarten Versicherungsschutz oder dessen Aufrechterhaltung nach Nachfristsetzung nachzuweisen;

b) wenn sich die Solvenz der jeweils anderen Partei im Verhältnis zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses erheblich verschlechtert und eine ordnungsgemäße Vertragserfüllung nicht mehr erwartet werden kann,

c) wenn schwerwiegende Verstöße gegen die vertraglichen Verpflichtungen durch eine Partei vorliegen, aufgrund derer das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien nachhaltig erschüttert ist,

d) wenn bei einem AN in der Rechtsform der BGB-Gesellschaft Mitgesellschafter ausscheiden, die einen wesentlichen Leistungsbeitrag übernommen haben;

e) wenn der AN gegen die Bestimmungen des Schwarzarbeitergesetzes, des Arbeitnehmerentendegesetzes und /oder des SGB verstößt;

f) wenn der AN, seine Nachunternehmer oder die Verleiher von Arbeitskräften ihre Pflichten gemäß § 3, 3a HmbVgG schuldhaft und nicht nur unerheblich verletzt haben oder der AN schuldhaft gegen die Verpflichtung aus § 5 und § 10 HmbVgG verstößt (§ 11 Abs. 2 HmbVgG)

22.2.3 Unter diesem Rahmenvertrag bereits beauftragte Einzelabrufe bleiben von einer Kündigung des Rahmenvertrags unberührt.

### 22.3 Kündigung von Einzelabrufen

22.3.1 Für die Kündigung von (Teil)-Einzelabrufen aus wichtigem Grund gelten wechselseitig vorrangig die Regelungen der VOB/B. Liegt ein wichtiger Kündigungsgrund gemäß



Stand 02.10.2023

- 26.2 Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Hamburg, soweit diese Gerichtsstandvereinbarung rechtlich zulässig ist. Der Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 26.3 Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam oder undurchführbar sein oder werden sollten oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Anstelle der unwirksamen, undurchführbaren oder fehlenden Bestimmung gilt eine solche wirksame Bestimmung als vereinbart, die das von den Vertragsparteien mit diesem Vertrag verfolgte wirtschaftliche Ziel bestmöglich erreicht. Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags wegen des darin vereinbarten Leistungsumfangs unwirksam sein oder werden, ist der in der Bestimmung vereinbarte Leistungsumfang dem rechtlich zulässigen Maß anzupassen.

**Auftraggeberin**

**Auftragnehmer**

Hamburg, den 18.10.23

Hamburg, den

24.10.2023

Unterschrift, Stempel



Sprinkenhof GmbH  
Burchardstraße 8  
20095 Hamburg  
fon 040 33954-0  
P1105725 • 20039 Hamburg

Unterschrift, Stempel

**Albertsen Elektro GmbH**  
Luruper Hauptstr. 52 | 22547 Hamburg